



Europäischer Ausschuss
der Regionen

EU-Jahresbericht zur Lage der Regionen und Städte

Infoblatt 2026

Kann Europa weltweit an Stärke gewinnen, wenn es an Zusammenhalt verliert?

Die Stärke Europas auf der Weltbühne steht und fällt mit den europäischen Gebieten. Sie ist abhängig von kohäsiven, widerstandsfähigen und demokratischen Regionen und Städten, die in Zeiten geopolitischer Instabilität und sich überlagernder Herausforderungen lokales Potenzial mobilisieren, die Wettbewerbsfähigkeit steigern, die Resilienz stärken und das demokratische Leben schützen.

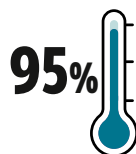
Mit dem vorgeschlagenen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) könnte jedoch das Fundament des EU-Projekts erschüttert werden, wenn das Gleichgewicht zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion außer Acht gelassen wird, das die Union lange ausgemacht hat. Die zentralisierte Struktur des MFR schränkt die regionale Beteiligung ein, schwächt die Kohäsionspolitik und vertieft territoriale Ungleichheiten.

Regionales Thermometer

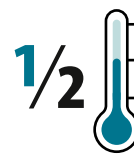
Das Wachstum hat sich nicht konsequent in besseren Beschäftigungsbedingungen oder einer besseren sozialen Lage niedergeschlagen. Gleichzeitig ist die alternde Bevölkerung eine der größten Herausforderungen.



In der Hälfte der Regionen war ein Anstieg von Armut oder sozialer Ausgrenzung zu beobachten



95 % der Regionen verzeichneten einen ansteigenden demografischen Druck



In mehr als der Hälfte der Regionen blieben die Arbeitsmarktbedingungen gleich oder verschlechterten sich

Regionen und Städte fordern

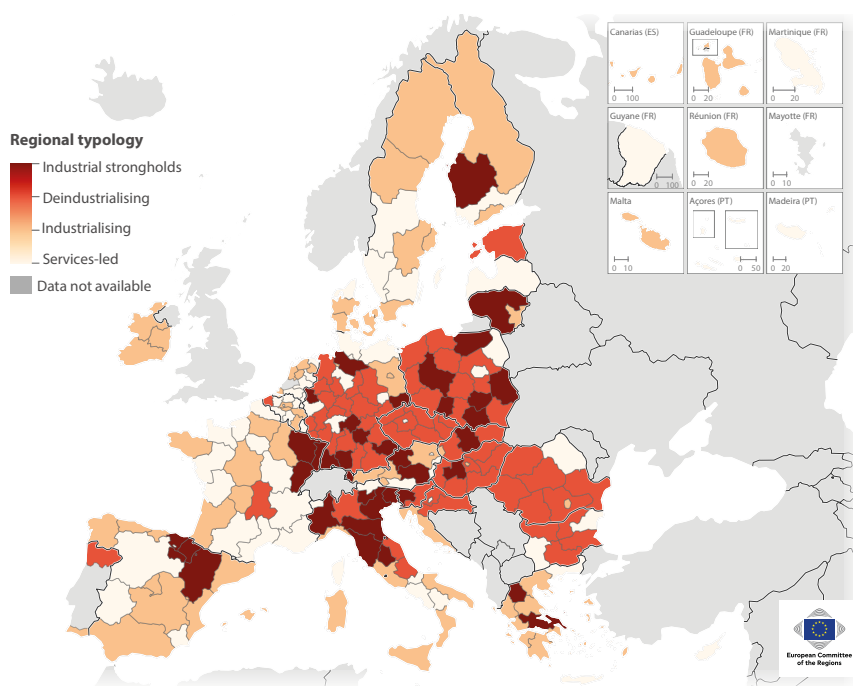
- ➔ Aufrechterhaltung kohäsionspolitischer Maßnahmen für alle Regionen
- ➔ Rechtliche Verankerung von Partnerschaften mit Regionen (Bewertung der Multi-Level-Governance, Subsidiaritätsklausel für NRPP)
- ➔ Anwendung des Grundsatzes „Dem Zusammenhalt nicht schaden“ in allen EU-Programmen
- ➔ Anwendung territorialer Folgenabschätzungen und regionaler Kontrollen für den gesamten EU-Haushalt

Regionen und Städte fordern, dass der MFR 2028–34 im Einklang mit dem vorläufigen Standpunkt des Europäischen Parlaments auf 1,27 % des BNE der EU festgelegt wird (davon ausgenommen sind 150 Mrd. Euro an Schuldentilgung im Rahmen von NextGenerationEU).

Wettbewerbsfähigkeit setzt Kohäsion voraus

Die Industrie sichert mehr als 30 Millionen Arbeitsplätze. Sie bildet einen Eckpfeiler der strategischen Autonomie und des sozialen Zusammenhalts der EU. Regionale Unterschiede bestehen jedoch nach wie vor und nehmen zu. Eine rückläufige Produktion und hohe Energiekosten schwächen die regionale Wettbewerbsfähigkeit. Fragmentierte Regulierung, Abhängigkeit von Lieferketten und ungleiche Innovationskapazitäten behindern auch die Kommerzialisierung der Forschung, was die Deindustrialisierung und die Einfuhr Risiken weiter erhöht.

Industrieller Wandel erfordert eine ortsbezogene Industriepolitik der EU, die Investitionen mit regionalen Bedürfnissen in Einklang bringt, Dekarbonisierung priorisiert, Energieinfrastruktur modernisiert, Genehmigungsverfahren strafft und verlässliche Unterstützung für einen gerechten Wandel bereitstellt, wodurch sowohl die Wettbewerbsfähigkeit als auch die territoriale Gerechtigkeit gestärkt werden.



Figur 1 — Beschäftigungsdynamik im verarbeitenden Gewerbe der EU 2019-2024,

Aufgeschlüsselt nach NUTS-2-Regionen (Klassifikation von 2021)

Regionale Typologie 1. Industriehochburgen 2. Deindustrialisierung 3. Industrialisierung 4. Dienstleistungsorientierung

Quelle: EUROSTAT-Daten, Rodríguez-Pose und Bartalucci



Beispiel Kärnten, Österreich

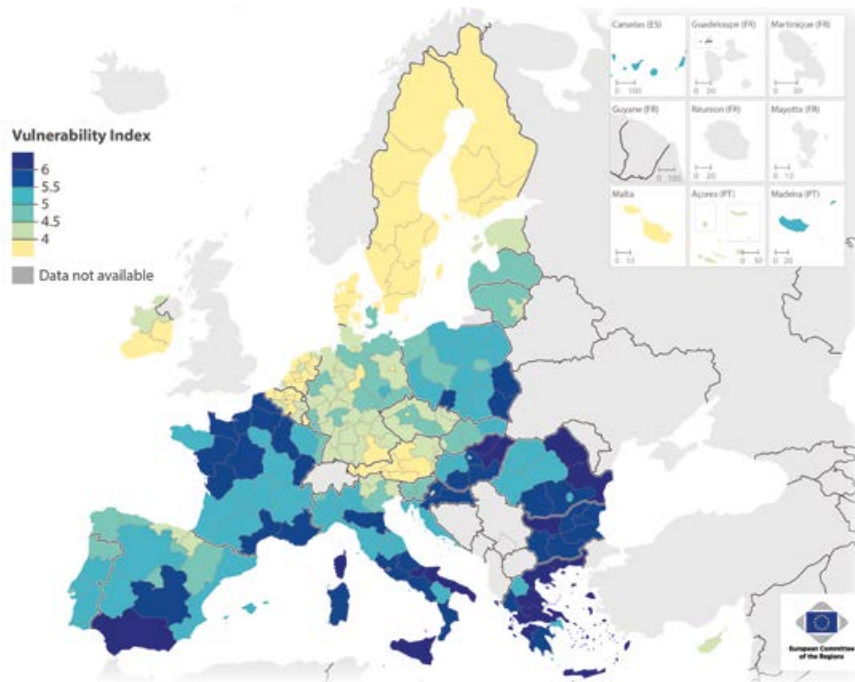
In KMU fehlt es oft an der nötigen Zeit und den nötigen Ressourcen, um komplexe EU-Förderanträge zu bearbeiten. Die Kärntner Landesregierung hat daher das SILICON ALPS Cluster ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um ein erfolgreiches regionales Innovationsökosystem, das mehr als 140 Unternehmen der Elektronikindustrie zusammenbringt und mit strukturierten Audits, Kaskadenfinanzierung und direkten Beratungen unterstützt.

30 Millionen
Europäerinnen und
Europäer sind auf
Arbeitsplätze im
verarbeitenden
Gewerbe
angewiesen

Keine Sicherheit ohne Widerstandsfähigkeit

In Europa bedroht der Klimawandel die Sicherheit, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, den regionalen Zusammenhalt, die Wettbewerbsfähigkeit, die Infrastruktur und die öffentlichen Finanzen. Bei einer Erderwärmung von 3 °C wird davon ausgegangen, dass pro Jahr 100 000 Menschen infolge von Hitzewellen sterben. Kosten aufgrund von Dürre werden in diesem Szenario auf 9 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt. Gleichzeitig könnten Überschwemmungen in Küstenregionen bis zum Jahr 2100 Schäden von mehr als 1 Billion Euro verursachen. Waldbrände haben in den letzten vier Jahren um 57 % zugenommen.

Die Regionen der EU sind in unterschiedlichem Maße anfällig und betroffen. Um die Anpassung an den Klimawandel, die Vorsorge und die Resilienz zu stärken, benötigen sie mehr Solidaritätsmittel der EU. Außerdem sind Multi-Level-Governance und technische Hilfe Voraussetzungen für die Wirksamkeit von Maßnahmen.



Figur 2 — Territoriale Vulnerabilität in der EU (2025), Vulnerabilitätsindex, Aufgeschlüsselt nach NUTS-2-Regionen
(Klassifikation von 2024)

Quelle: Europäische Kommission, Gemeinsame Forschungsstelle



Beispiel

**Jelenia Góra, Polen und
Region Liberec, Tschechien**

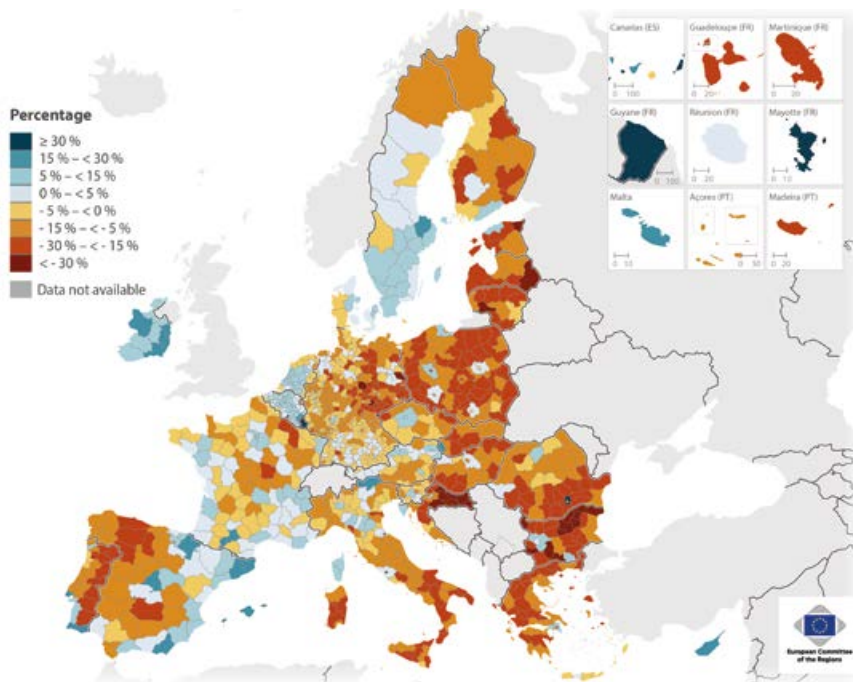
Die Überschwemmungen im Jahr 2024 haben die polnisch-tschechische Grenzregion schwer getroffen. Seither konnten dank Interreg-Förderung 1 150 Feuerwehrleute und Ärztinnen und Ärzte gemeinsam an Übungen teilnehmen, sich über Vorgehensweisen austauschen und die grenzübergreifende Zusammenarbeit sowie Reaktionszeiten verbessern.

Jede **Milliarde**
Euro, die in resi-
liente Wasserver-
sorgung inves-
tiert wird, könnte
16 000 Arbeits-
plätze in der EU
schaffen und pro
investiertem Euro
2.35 Euro
erwirtschaften

Gefährdete Bleibeperspektive

Der demografische Wandel verschärft territoriale Ungleichheiten in der EU: fast drei Viertel der Regionen – insbesondere ländliche Gebiete – werden bis 2050 voraussichtlich an Bevölkerung verlieren. Durch einen Bevölkerungsrückgang verringern sich das Arbeitskräfteangebot und die Steuereinnahmen. Der Verlust an grundlegenden Dienstleistungen trägt wiederum zu mehr Abwanderung bei. Sogenannte medizinische Wüsten – Regionen mit begrenztem Zugang zu Gesundheitsversorgung aufgrund von Arbeitskräftemangel und der Konzentration von Ärztinnen und Ärzten in Metropolregionen und Regionen mit höheren Gehältern – sind ein eindrückliches Beispiel. Derweil sind Regionen, in denen ein Bevölkerungswachstum zu verzeichnen ist, genauso wie die meisten städtischen Gebiete, mit einem wachsenden Druck auf Wohnungsmärkte und Infrastruktur konfrontiert.

Um die Bleibeperspektive zu gewährleisten, müssen überall signifikante Investitionen in Arbeitsplätze vor Ort, Wohnraum, Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen, Konnektivität und Lebensqualität getätigt werden. Es muss weiterhin eine starke Kohäsionspolitik verfolgt werden, um integrierte Strategien für die territoriale Wiederbelebung zu fördern.



Figur 3 — Prognostizierte relative Bevölkerungsentwicklung zwischen 2025 und 2050 Aufgeschlüsselt nach NUTS-3-Regionen (Klassifikation von 2024)

Quelle: EUROSTAT-Daten (Datensatzcodes *proj_25rp5* und *proj_25np*)



Beispiel

Autonome Gemeinschaft Madrid, Spanien

Die Bevölkerung von Madrid konzentriert sich immer stärker in der Hauptstadt und ihrem Ballungsraum, was Ungleichheiten zwischen städtischen und ländlichen Gebieten verstärkt. Im Rahmen des Programms mit dem Titel „Pueblos con Vida“ (Dörfer mit Leben) investierte die Region 155 Millionen Euro in Wohnraum, Arbeitsplätze und grundlegende Dienstleistungen. Die 15 gezielten Maßnahmen halfen Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern dabei, ein Bevölkerungswachstum von 14 % zu erreichen. Dieses Ergebnis verdeutlicht den Einfluss ortsbezogener Maßnahmen.

135 Millionen

Europäerinnen und Europäer leben in Regionen – insbesondere in ländlichen Gebieten und Randgebieten –, deren Bevölkerungszahlen stagnieren oder rückläufig sind

